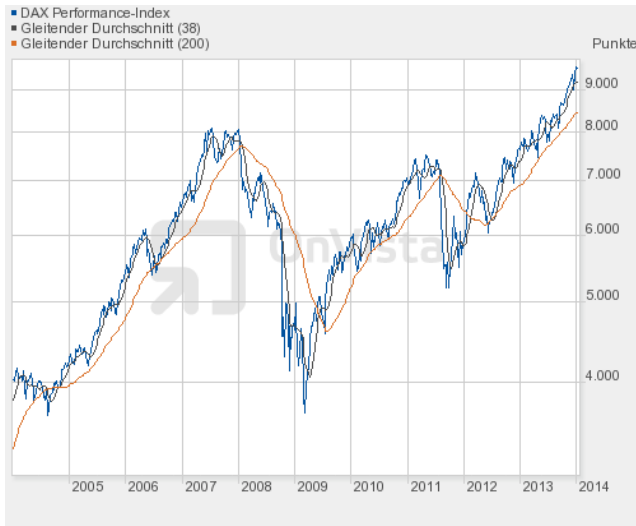


Deutsche Aktien (DAX):

31.12.2012 7.612,39 Punkte
31.12.2013 9.552,16 Punkte (+ 25,48%)



Konjunktur und Aktienkurse laufen nicht immer parallel. Die Schätzungen der Analysten waren mit einem durchschnittlichen Jahresendkurs 2013 von 8069 Punkten schon sehr vorsichtig. Ihre Vorsicht war gut begründet. Die Wachstumsprognosen für Deutschland wurden im Herbst von der Bundesbank auf 0,4% halbiert. Anders als erwartet stagnierte in 2013 die Industrieproduktion und auch die Gewinne der DAX Unternehmen insgesamt gingen gegenüber dem Vorjahr um 7,5% zurück. Die Skepsis der Analysten begleiteten die Märkte über das ganze Jahr. Selbst als der DAX über 9.000 Punkte stieg, erwartete die Deutsche Bank zum Jahresende einen Rückgang auf 8.400 Punkte. Diese Prognose wurde erst am 28.11. revidiert. Im Prinzip machten die Analysten einen guten Job, aber Prognosen für Aktienkurse lassen sich offensichtlich nicht daraus ableiten.

Was hat nun die Aktienkurse angetrieben? Die Aktien stiegen „entlang der Mauer der Angst“ und profitierten von Umschichtungen. Die bisher favorisierten Krisenanlagen Gold, AAA-Staatsanleihen und Rohstoffwährungen waren überraschenderweise die Verlierer des Jahres. Auch hierfür gibt es Gründe, die ich später erläutere. Vieles spricht dafür, dass dieser relativ junge Trend weiter anhält.

Anders als in 2013 erwarten Konjunkturanalysten für das neue Jahr ein gutes Wirtschaftswachstum. Dies wird durch Wirtschaftsumfragen gut gestützt. Laut einer aktuellen Umfrage der Raiffeisenbanken planen 79% der befragten mittelständischen Unternehmen höhere Investitionen. 35% wollen ihre Belegschaft aufstocken – so viele wie seit 1995 nicht mehr. Unter diesen Umständen erwarten Analysten ein Ansteigen des Marktes auf knapp über 10.000 DAX Punkten. Von Euphorie kann also noch keine Rede sein. Woher sollte diese auch kommen? Nur 7,6% der Deutschen besitzen Aktien. Tagesgeld war auch im vergangenen Jahr die beliebteste Anlageform für Neuanlagen.

Die Bildung der Großen Koalition brachte einige personelle Überraschungen. Angesichts sprudelnder Steuerquellen erlag auch die neue Regierung der Versuchung, statt zu sparen und Subventionen zu kürzen, neue Ausgaben zu tätigen. Leider bedient sie damit die Ansprüche der wählenden Bürger. Eine Mehrheit der Bevölkerung sehnt sich nach einem starken Staat, der zum Beispiel auch Mietpreise festlegen soll.

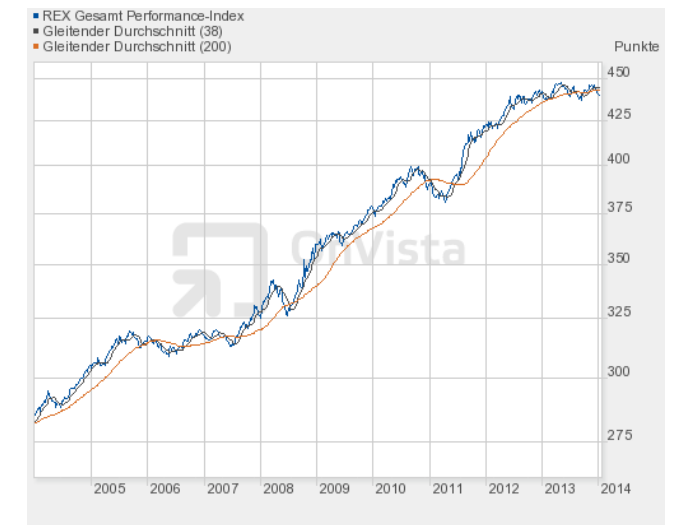
Für Europa bedeutet die Groko Erleichterung. Die Hardliner in CSU/CDU/FDP wurden zurückgedrängt und das Abschneiden der AfD war enttäuschend. Die Chancen für einen gemeinsamen europäischen Weg sind damit jedenfalls besser geworden. Seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 haben deutsche Unternehmen Güter im Gegenwert von 400 Mrd. Euro in den Süden Europas geliefert. Gleichzeitig haben Investoren 400 Mrd. Euro aus den Südländern an Geldern abgezogen. Ohne das Eingreifen der EZB wäre es spätestens 2012 zum befürchteten Knall mit nicht absehbaren Folgen gekommen. Es besteht keinerlei Anlass für deutsche Überheblichkeit. 1/3 aller deutschen Arbeitsplätze sind abhängig vom Export. Deutsche Banken und auch Exportunternehmen haben von den EZB-Geld-Spritzen am meisten profitiert. Im Gegensatz zur angelsächsischen Konkurrenz sind deutsche Banken noch nicht über den Berg. Der Abstand zur internationalen Spitze wird immer größer. Auch der Zustand der deutschen Versicherer gibt Anlass zur Sorge. Die Versicherungsaufsicht geht in die Offensive. Sie warnt, dass ein halbes Duzend Anbieter von hohen Kosten, niedrigen Ergebnissen und hohen Garantieverpflichtungen in die Zange genommen werden. Policen-Inhaber fälliger Versicherungen müssen sich auf weitere Kürzungen der Schlussüberschufbeteiligung einstellen. Dies wird aus heutiger Sicht die Ablaufleistungen um bis zu 6% schmälern.

Deutsche Anleihen (REX- P):

31.12.2012 442,69 Punkte
31.12.2013 440,54 Punkte (- 0,49%)

Wie erwartet sind die Zinsen im Laufe des Jahres angestiegen. Zehnjährige Bundesanleihen werfen zur Zeit knapp 2% Zinsen ab. Dies ist im langjährigen Vergleich immer noch wenig. Dank der anziehenden Konjunktur könnten die Zinsen noch weiter steigen. Da die EZB die kurzfristigen Zinsen auf längere Zeit vermutlich an der Nulllinie belassen wird, könnte die Differenz zwischen kurzen und langen Laufzeiten weiter steigen. Man spricht von einer steileren Zinskurve, die häufig ein Zeichen einer guten

Konjunkturlage ist. Die Zinsmargen für die Banken werden auskömmlicher. Die „Rundrum-Versorgung der Banken“ durch die EZB geht damit weiter. In den Euro-Krisen Ländern Griechenland, Italien, Spanien und Irland hat sich die Situation weiter entspannt. Hier konnten mutige Anleger dank der sinkenden Zinsen gute Anlageergebnisse erzielen. Vermutlich wird sich auch dieser Trend fortsetzen. Nach einer langen konjunkturellen Durststrecke dürfte die konjunkturelle Wende in diesen Ländern 2014 stattfinden. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel, aber die damit verbundenen Erleichterungen für die angespannten Staatshaushalte könnten spürbar sein. Für großen Gesprächsstoff in 2013 sorgte der Zinsanstieg in den USA, der etwas stärker als in Deutschland ausgefallen ist. US-Bonds liegen mit 3% gut 1% über den Zinsen deutscher 10-jährigen Staatsanleihen. Insgesamt liegen die Risiken für Zins- aber auch für Aktiensparer in einer besseren Konjunktorentwicklung in 2014. Dann könnten die Zinsen stärker als erwartet ansteigen. Hierunter würden auch die Aktienmärkte leiden. Aufgrund der weiterhin kritischen globalen Schuldensituation erwarte ich dies jedoch nicht. Die Wachstumspotentiale der Volkswirtschaften leiden weltweit unter der Schuldenlast. Durch die Aufnahme von Schulden hat die Zukunft bereits in der Vergangenheit stattgefunden. Überkapazitäten in vielen Bereichen führen zu niedrigen Inflationsraten. Eine echte Inflationsgefahr, die von vielen aufgrund der expansiven Geldpolitik der Notenbanken erwartet wurde, sehe ich kurzfristig nicht. Frankreich und die Niederlande haben im vergangenen Quartal ihr AAA Schuldenrating verloren. In Europa haben es nur noch Deutschland, Finnland und Luxemburg.



Europäische Aktien (Euro Stoxx 50 Index)

31.12.2012 2.637,23 Punkte
31.12.2013 3.109,00 Punkte (+ 17,95 %)

Das Jahr 2014 könnte der Wendepunkt in der Europakrise sein, die mit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 ihren Lauf nahm. Dazwischen liegen Jahre der Depression in fast allen EU-Ländern. Die Arbeitslosigkeit erreicht in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien dramatische Höhen, die jene der Weltwirtschaftskrise 1929 ähnlich sind. Rechtspopulisten sind eine große Gefahr für Europa. Marie Le Pen in Frankreich und der Niederländer Wilders gründen ein „Bündnis für Europa“. Auch die AfD in Deutschland, die für viele konservative Bürger eine Wahlalternative darstellte, wurde von rechtsgerichteten Kräften stark unterwandert. Die beschworenen Geister wird man nicht wieder los. Die schon im Mai stattfindenden Europawahlen werden zu einem wichtigen Lackmustrast für die europäische Demokratie.

Irland kann ebenso wie Spanien zum Jahresende den Europäischen Rettungsschirm verlassen. Dies zeigt, dass Investoren wieder Vertrauen geschöpft haben und den Ländern am freien Kapitalmarkt Geld leihen. Die Bankenrettung kostete Irland 1/3 der jährlichen Wirtschaftsleistung BIP – 64 Mrd. Euro. Die Iren werden über Jahrzehnte die Schulden abtragen müssen, die sie den Spekulationen der Banken verdanken. Sie fragen zurecht, warum sie alleine die Lasten tragen sollen. Es gibt keine größere deutsche Bank, die nicht in Irland einen Ableger hatte, um zwielichtige Geschäfte über Schattenbanken dort einzufädeln. Mit den EU-Geldern sind auch sie gerettet worden. In Spanien kostete die Rettung der Banken bisher 41 Mrd. Euro und blieb damit weit unter der ursprünglich kalkulierten Summe von 100 Mrd. Euro.

Zum 01.01.2014 übernimmt Griechenland den EU-Vorsitz für sechs Monate. Es ist eine gute Einrichtung in Europa, dass es zu einem regelmäßigen Stabwechsel kommt. Der Wechsel kommt für Griechenland zur richtigen Zeit. Die Griechen konnten ihren Haushalt konsolidieren. Die Einnahmen sind mittlerweile höher als die Ausgaben – jedoch ohne Berücksichtigung von Zinsen (Primärüberschuss). Dies haben die Griechen trotz einer Schrumpfung des BIP von 4% in 2013 geschafft. Analysten rechnen für 2014 mit einem geringen Wachstum. Das Land profitiert von einem Tourismus-Boom, der auch von den Unruhen in Ägypten und anderen afrikanischen Ländern profitiert. Als Belohnung für die Umsetzung der Reformmaßnahmen liegen weitere Schuldenerleichterungen in Form von Zinssenkungen, Laufzeitverlängerungen und Schuldenerlass seitens der EU in 2014 im Bereich des Möglichen.

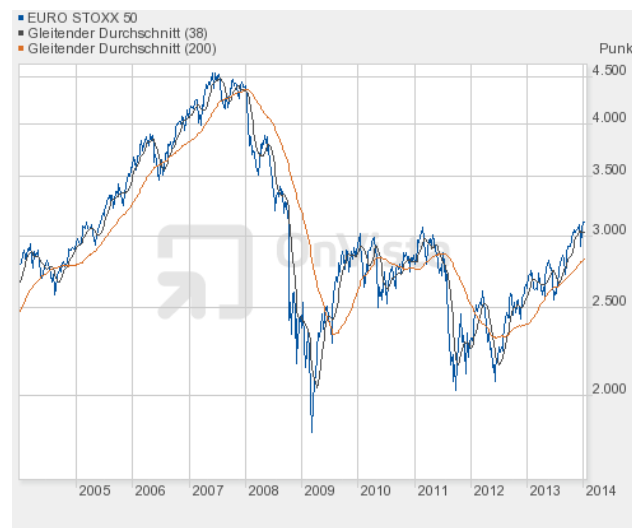
Auch Portugal, Italien und Spanien sind dabei, die tiefen Rezessionstäler hinter sich zu lassen. Portugal möchte im Laufe des Jahres an den Kapitalmarkt zurückkehren. Italien hat sich nach der Berlusconi-Posse gut stabilisiert. Der junge Florentiner Bürgermeister Renzi wurde an die Spitze der Demokratischen Partei gewählt. Die Hoffnungen auf eine neue politische Ära sind eng mit seiner Person verbunden.

Die konjunkturelle Erholung in Europa erscheint gut fundiert. Einkaufsmanagerindex, Verbrauchervertrauen, Industrieproduktion und andere Indikatoren konnten sich im 2. Halbjahr deutlich

verbessern und haben Mehrjahreshochs verzeichnet. Nach einem tiefen Einbruch steigt der Absatz von Autos wieder. In der Krise konnten deutsche Automobilhersteller ihren Marktanteil in Europa von 30 auf 37% steigern. Mittlerweile ist der europäische Automarkt global nur noch die Nr. drei. China und USA liegen vorne. Auch die Nutzfahrzeugindustrie kann sich nach einem langen Niedergang Hoffnungen auf eine Erholung machen. Die Einführung einer EU-Abgasnorm erfordert Investitionen.

Die Schwachstelle bleiben die europäischen Banken. Die Anzahl der faulen Kredite erreichte in Spanien und Italien neue Höchststände. Die Kreditvergabe an Unternehmer und Verbraucher schrumpfte auch in 2013. In diesem Umfeld wundert es enorm, dass die Anzahl der Banken-Boni-Millionäre europaweit um 11% auf 3.500 Personen gestiegen ist. Hier ist dringend Einhalt geboten! Wir brauchen eine starke europäische Bankenaufsicht, die hier einen Riegel vorschiebt. Bisher konnten alle Regelungen unterlaufen werden. Angesichts massiver Rechtsverstöße und Schädigung von Verbrauchern (siehe Libor) ist das Gebaren der Banken geradezu absurd. Für die Einrichtung eines europäischen Bankensicherungsfonds, der die lächerliche Summe von 0,8% aller Einlagen als Zielgröße erreichen soll, gibt man den Banken bis 2023 Zeit. Die Bankenlobbyisten haben sich ihre Boni jedenfalls redlich verdient.

Anders als der Rest der Welt hat Europa schmerzhaft Strukturformen umgesetzt und unternimmt weitere Anstrengungen. Dabei hat insbesondere Frankreich großen Nachholbedarf. Präsident Hollande wirkt zunehmend überfordert. Die EZB hat ihr Pulver trocken gehalten. Es wäre ein Fehler Europa zu unterschätzen. Persönlich glaube ich, dass Europa bessere Anlagealternativen bietet als Amerika, Asien, Japan und die Schwellenländer.



Der Euro versus USD

31.12.2012 1,3192 US\$ je Euro
31.12.2013 1,3743 US\$ je Euro (+ 4,15%)

Dem Euro ist in 2013 ein bemerkenswertes Comeback gelungen. Weniger gegen die globale Leitwährung USD, sondern gegenüber den Euro-Fluchtwährungen Norwegische Krone (- 15%), Australischer Dollar (- 25%), Kanadischer Dollar (- 17%). Auch Gold als „ultimative Währung“, das heißt nicht beliebig vermehrbar, verlor im letzten Jahr -27,5%. Die Entwicklungen an den Devisenmärkten sind wichtige Bestimmungsindikatoren für die Finanzmärkte. Insbesondere die Entwicklung des japanischen Yen, der im letzten Jahr 26% gegenüber dem Euro verloren hat, gilt es im Auge zu behalten. Weltweit besteht die Gefahr von Abwertungswettläufen, um die Exportchancen der betroffenen Länder zu verbessern. Der Australische Dollar als Rohstoffwährung hatte sich beispielsweise soweit aufgewertet, dass die dort produzierten Autos auf dem Weltmarkt zu teuer sind. Mittlerweile wird kein einziges Auto mehr dort gefertigt. Ein ähnliches Problem hat die Schweiz. Auch sie hat den Kampf gegen die Aufwertung des Frankens vor zwei Jahren begonnen.

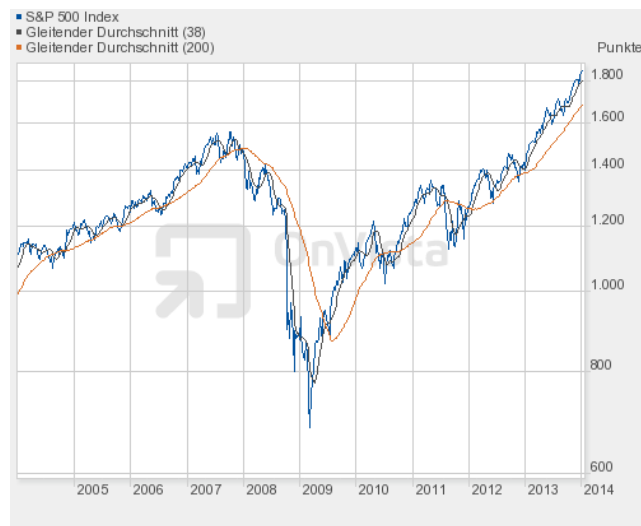
Die Ankündigung der Chinesen ihre Währung Renmimbi über bilaterale Währungsabkommen global handelbar zu machen, kommt gerade zur rechten Zeit. Der Renmimbi, der bisher nur sehr eingeschränkt konvertibel ist, hat sich in den letzten Jahren um ca. 2,5% pro Jahr gegenüber dem USD aufgewertet. Durch die wahrscheinliche Entstehung einer neuen globalen Reservewährung neben USD, Euro, GBP und Yen wird der bestehende Druck auf den Devisenmärkten etwas gedämpft. Die Führung von „Währungskriegen“ wäre eine ernsthafte Belastung für die globale Wirtschaftsstabilität. Auch hier bedarf es globaler Absprachen und ein konzertiertes Vorgehen der Notenbanken.



Amerikanische Aktien (S&P 500 Index)

31.12.2012 1.402,43 Punkte
 31.12.2013 1.848,36 Punkte (+ 29,60%)

Die USA verzeichneten das beste Aktienjahr seit 1997, obwohl die Unternehmensgewinne wie in Deutschland enttäuschten. Statt den erwarteten zweistelligen Zuwächsen konnten die Erträge der Unternehmen nur um 4,5% auf Jahressicht zulegen. Die Aktienmärkte sind dadurch teurer und unattraktiver geworden. Ein Zusammenhang mit einer zunehmend expansiven Geldpolitik seitens der amerikanischen Notenbank Fed ist offensichtlich. Daran wird sich im Wesentlichen nur wenig ändern. Auch Janet Yellen, die Nachfolgerin von Fed-Chef Bernie Bernanke, gilt diesbezüglich als pragmatisch. Trotz der Öffnung der Geldschleusen kämpft die US Wirtschaft eher mit der Deflation als mit Inflation. Die Preissteigerungen sind auf unter 1% gesunken. Dies sind die niedrigsten Werte seit 1963. Das Kreditwachstum an Unternehmen und Bürger ist auf mickrige 1,5% p.a. zusammengeschrunft. Die Beschäftigung steigt bei durchschnittlich rückläufigen Löhnen. Die niedrigen Zinsen erzeugen zwar noch keine Inflation, sind aber keinesfalls wirkungslos: US-Anleger haben erstmals seit 4 Jahren wieder mehr Aktien als Zinspapiere gekauft. Bisher ist die Entwicklung noch moderat verlaufen. Dieser Trend könnte weitergehen. Auch der Verkauf neuer Häuser ist von einem niedrigen Niveau wieder deutlich in Schwung gekommen. Auf Jahressicht wurde der höchste Zuwachs seit 1990 verzeichnet. Die privaten Haushalte sind zwar rekordhoch verschuldet, aber dank der niedrigen Zinsen, ist die Zinsbelastung in Relation zu den verfügbaren Einkommen auf ein 30-Jahrestief gesunken.



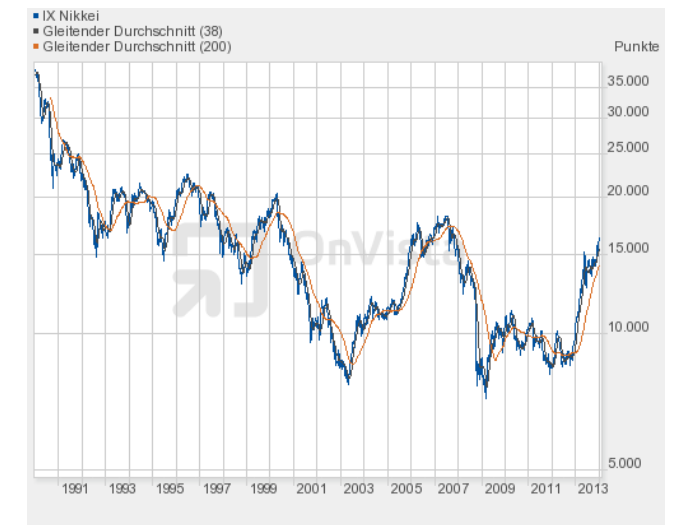
In der Energieförderung hat Amerika mittlerweile Russland überholt. Die Ölproduktion hat sich seit 2008 verdoppelt – Tendenz steigend. Die US Verbraucher zahlen durchschnittlich für eine KW Stunde Strom 11 Euro Cent. In Deutschland sind es 27 Cent. Anzumerken an dieser Stelle ist, dass der Industriestrom in Deutschland im Schnitt mit 10 Cent abgegeben wird. In Leipzig an der Strombörse wird eine KW-Stunde mit 4 Cent gehandelt. Die Unternehmensgewinne in USA dürften in 2014 wieder stärker zulegen und damit den Kursanstieg des vergangenen Jahres wieder etwas unterfüttern. General Electric erwartet beispielsweise sehr gute Umsätze, getragen von einem breiten Industriegeschäft. Im Herbst war die Welt Zeuge einer weiteren Aufführung des politischen Possenspiels zwischen Demokraten und Republikanern. Es kam zu einem Shut-Down der Ausgaben. Wegen der offenen Haushaltslücke wurden alle Regierungsausgaben gleichmäßig gestutzt. 800.000 Beamte wurden in den Zwangsurlaub versetzt. Eine Einigung erfolgte dann in wirklich allerletzter Sekunde. Sonst wären die USA auf dem Papier zahlungsunfähig gewesen. Vermutlich hätte in diesem Fall Obama mittels eines Notstandsgesetzes den Haushalt im Alleingang verabschiedet. Von daher sind die Kapitalmärkte auch relativ gelassen geblieben. Dennoch ist ein nicht unerheblicher Reputationsverlust eingetreten. Auch die US-Bürger hatten wenig Verständnis für das Ränkespiel. Im Dezember hat sich der Kongress über die Rahmenbedingungen der Haushalte für 2014/2015 verständigen können. Dank höherer Steuereinnahmen sollte die noch ausstehende Anhebung der Schuldenobergrenze in 2014 erfolgreich verabschiedet werden können. Noch ein Wort zur NSA. Es wurde bekannt, dass die Behörde weltweit 5 Mio. Handy ausspioniert, unter anderem das unserer Kanzlerin. Sie erstellt Bewegungsprofile und wertet Kontaktlisten aus. Die Glaubwürdigkeit der Amerikaner ist damit auf einen Tiefpunkt gesunken. Die Enthüllungen führen zwar zur internationalen Empörung, aber überraschen sie nicht wirklich.

Japanische Aktien (Nikkei-Index)

31.12.2012 10.395,18 Punkte
 31.12.2013 16.291,31 Punkte (+ 56,72%)

Nach 15 Jahren dauernde, Siechtum ist der japanische Aktienmarkt in 2014 nochmals richtig durchgestartet. Die japanische Regierung und Notenbank feuern aus allen Rohren, um die Dauerdeflation zu durchbrechen. In 8 der letzten 10 Jahre sind die Löhne der Japaner gesunken. Die Regierung hält die Unternehmen dazu an, die steigenden Gewinne den Arbeitnehmern zugute kommen zu lassen. Ein zentrales Mittel ist die Abwertung des Yen, um die Exportchancen der japanischen Industrie zu verbessern. Seit Anfang 2012 hat sich der Yen kontinuierlich gegen USD und EURO um gut 40% abgewertet. Die japanische Notenbank kauft 70% aller japanischen Staatsanleihen auf, um die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Die Gesamtverschuldung des Landes liegt bei 250%. Bisher ist es dem Land dank seines privaten Reichtums gelungen, die Verschuldung weitestgehend selbst zu finanzieren. Jedoch ohne die

Nullzinspolitik wäre Japan schon längst zahlungsunfähig. Das Risiko des Zahlungsausfalles geht nun auf die japanische Notenbank über. Inländische Anleger stossen Anleihen ab und schichten in Aktien um, deren Gewinnaussichten sich markant verbessert haben. Das Stimmungsbarmeter der Unternehmen ist auf ein 6-Jahreshoch gestiegen. Zusätzlich wird das technische Innovationspotenzial der Unternehmen als hoch angesehen. Um den Staatshaushalt zu entlasten, wird im April die Mehrwertsteuer von 5% auf 8% angehoben. Als Folge ist das Verbrauchervertrauen auf das Fukushima-Depressionsniveau gesunken. Auch hier steuert die Regierung mit einem riesigen Konjunkturprogramm dagegen, dass Infrastrukturinvestitionen im Hinblick auf Olympia 2020 vorzieht. Ob Abe auch nachhaltige Reformen durchführen kann, wird mittlerweile angezweifelt. Seine Zustimmungswerte sind schon deutlich gesunken. Vielleicht hat er zur rechten Zeit unseren Altkanzler Gerhard Schröder nach Tokio eingeladen. In einem Vortrag machte Schröder deutlich, dass Reformen ihren Preis haben. In seinem Fall hat es ihn seinen Job als Kanzler gekostet. Das Verhältnis der Japaner zu China bleibt angespannt. Die Chinesen haben jahrelang unter den Greueln der Japaner gelitten. Wer die Verfilmung von „John Rabe“, die Geschichte des Siemens Managers in China gesehen hat, konnte einen Eindruck von dem barbarischen Verhalten der Japaner gewinnen. Der Besuch von Ministerpräsident Abe und weiteren führenden Politikern am umstrittenen Yasukuni Schrein – ein Kriegsdenkmal – wird als Provokation gewertet. Im Zuge des Konjunkturprogrammes werden auch die Rüstungsausgaben nach jahrelanger Zurückhaltung wieder aufgestockt. Dies sind keine Zeichen der Versöhnung, die die Welt auch von Japan erwarten darf. Politiker im Formate eines Willi Brand oder auch Gerhard Schröder scheint es in Japan noch nicht zu geben.



Aktien Schwellenländer (MSCI Emerging Market Index)

31.12.2012 89.029,63 Punkte
31.12.2013 92.402,69 Punkte (+ 3,78%)



Insgesamt verlief die Entwicklung in den Schwellenländern mehr als enttäuschend. Nachdem die US-Notenbank im Mai ankündigte, ihre Liquiditätshilfen für die US-Wirtschaft zu reduzieren, begann der Rückzug von spekulativen Geldern aus Schwellenländern. Insbesondere die in den letzten Jahren favorisierten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) verzeichneten Einbußen zwischen 5% (China) und 30% (Brasilien). Durch die Kapitalabflüsse erhöht sich der Druck auf die Regierungen. Doppeldefizite in Leistungsbilanz und Staatshaushalt werden kritisch betrachtet. Aufsehenderregend ist weiterhin die Entwicklung in China. Der neue Präsident Yi gilt als ernst zu nehmender Hoffnungsträger. Die Korruption wird streng bekämpft. Der Parteikongress im November überraschte die Finanzwelt positiv. Die Nachrichtenagentur Bloomberg kommentierte daraufhin „den stärksten Zuwachs wirtschaftlicher Freiheit seit 1990.“ Konkret sollen Handel und Währung liberalisiert werden. Eine Landreform stärkt die Rechte der Bevölkerung gegenüber dem Zentralstaat. Mit Vorbildcharakter entsteht um Shanghai eine neue Freihandelszone mit Zugang für ausländische Investoren. Politische Gefangene kommen frei, Umerziehungslager werden aufgelöst. Die rigiden Vorschriften zur Ein-Kind-Politik werden gelockert. Das Schattenbanken, die Kommunen und Provinzen mit ihren unübersichtlichen Schuldenverhältnissen sollen an die Kandarre genommen werden. Die Inflation und die zügellose Kreditvergabe der Banken werden durch höhere Zinsen bekämpft. Pleiten von Staatsbetrieben könnten die Folge sein. Dies ist nicht

ungefährlich, könnte doch das Wirtschaftswachstum empfindlich gedämpft werden. Die Aktienanleger in China sind daher weiter vorsichtig. Sollten die zunächst dämpfenden Reformen wirken, könnte das Reich der Mitte ein neues Kapitel seiner Entwicklung zur globalen Wirtschaftsmacht aufschlagen.

Auch Lateinamerika wird zunehmend vom Energieboom erfasst. Durch die Entdeckung neuer Öl-Vorkommen steigt Brasilien zur Nr. 3 auf dem Weltmarkt auf. In Mexiko wird die seit 75 Jahren verstaatlichte Ölindustrie teilprivatisiert. In den letzten 10 Jahren sank die Förderung um 25%. Investitionen konnten nicht mehr getätigt werden. Dem Land blieb schließlich keine andere Wahl. Auch in Mexiko werden hohe Schiefergasvorkommen vermutet.

Rohstoffe, Energie & Gold

31.12.2012 1.661,27 USD je Feinunze
31.12.2013 1.204,90 USD je Feinunze (- 28,08%)



Da haben alle positiven Prognosen zu Beginn des Jahres nichts genützt. Kein einziger Analyst prognostizierte einen sinken Goldpreis für 2013 (FAZ Januar 2013). Durchschnittlich wurde ein Preis von 1.850 USD je Unze zum Jahresende genannt. Nun erlebte Gold das schlechteste Jahr seit 1981. Goldminenaktien rauschten sogar mit 55% in den Keller. Was war geschehen? Mit steigenden Zinsen hatten Analysten durchaus gerechnet, aber keinesfalls mit sinkenden Inflationsraten. Damit gab es erstmals seit Jahren wieder positive Realverzinsungen, insbesondere im Land der Referenzwährung des Goldes, den USA. Das zinslose Gold bekam damit neue Konkurrenz. Trotz der steigenden Zinsen in USA von 2 auf 3% kauften die Anleger lieber Aktien, da sich die Aussichten der Wirtschaft trotz Deflationsgefahren verbesserte.

Insbesondere institutionelle Anleger veränderten schlagartig ihre Meinung und verkauften Gold massenhaft über die inzwischen handelbaren Gold-Index-Fonds. An dieser Stelle könnte man kritisch fragen, wem diese Finanzinnovation Nutzen gebracht hat. Den vielen Privatanlegern sicherlich nicht. Diese halten bisher tapfer dagegen und stockten bei sinkenden Preisen ihre Bestände auf. Aber ihnen bleibt, außer dem Prinzip Hoffnung auf Inflation – verkörpert in der neuen US Notenbankchefin Janet Yellen, die für eine Beibehaltung der lockeren Geldpolitik steht, wenig. Insgesamt sieht es für das Gold weiterhin trübe aus. Man erwartet, dass die Zinsen zunächst weiter steigen. Die Analysten sind entsprechend skeptisch. Auf der anderen Seite sollten die Inflationsraten ihren Tiefpunkt gesehen haben. Vielleicht liegt hierin ein Chance. Darauf wetten würde ich noch nicht. Die Fallhöhe des Goldpreises ist immer noch hoch (siehe Chartbild). Wahrscheinlich spekulieren die Investmentbanken weiter auf sinkende Preise. Ein echter Ausverkauf käme ihnen wahrscheinlich gelegen. Die Bestände von entnervten Privatanlegern wanderten dann wieder in ihre Tresoren und das Spiel könnte von Neuen beginnen.

Redaktion:

Michael Scheidgen
private finance e.K.

Stefan Andres Straße 23
56567 Neuwied
Telefon: 02631/953960

www.scheidgen-private-finance.de
michael.scheidgen@t-online.de

Trotz sorgfältiger Recherchen übernimmt der Verfasser keine Gewähr für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Informationen. Sie geben seine persönliche Meinung wieder (Stand 31.12.2013). Anlageempfehlungen können daraus nicht abgeleitet werden. Diese können nur Gegenstand einer persönlichen Beratung sein.